Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 126 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Dienstag, 30. März

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 5gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2,50 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, bends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

An unsere Leser!

Der Generalstreik und vor allem der Streik der Setzer verhinderten, daß wir gerade in den aufgeregten Tagen, die hinter uns liegen, zu unseren Lesern sprechen konnten. Da die Streiks beendet sind, kann auch die „Hallesche Zeitung" wieder in gewohnter Weise erscheinen. Ueber die Ereignisse in unserer Stadt werden wir in der heutigen Abendausgabe berichten.

Verlag und Schriftleitung der „Halleschen Zeitung".

Die neue Reichsregierung

Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hat der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettsumbildung hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Reichskanzler: Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär von Haniel beauftragt hat;

Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister des Innern: Koch;
Reichsminister der Finanzen: Wirth;
Reichswehrminister: Geßler;
Reichsminister für Justiz: Blunck;
Reichswirtschaftsminister: Schmidt;
Reichsarbeitsminister: Schlicke;
Reichspostminister: Giesberts;
Reichsschatzminister: Bauer;
Reichsverkehrsminister: Bell;
Reichsernährungsminister: Hermes;
Reichsminister ohne Portefeuille: David.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden.

Vertrauensvotum für das neue Kabinett

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

Berlin, 29. März.

Die Führer der drei Mehrheitsparteien, Löbe, von Payer und Trimborn haben am Schluß der heutigen Sitzung der Nationalversammlung für das neue Kabinett ein Vertrauensvotum eingebracht. Der Antrag lautet: Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärung der Reichsregierung. Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung, Staatsboden, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verbrecherischen Aufruhr und die Anstiftung und Helfershelfer des Staatsstreiches. Die Nationalversammlung spricht all den Teilen des Volkes, die durch ihren gemeinsamen Widerstand die Verfassung beschützt haben, den Dank des Vaterlandes aus. Der Antrag trägt die Unterschrift von Dreihundertfünfzehn Mitgliedern der Nationalversammlung.

Die Kabinettsbildung in Preußen

Die Entscheidung über die Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums sollte, so hoffte man bestimmt, im Laufe des Sonnabends fallen. Aber von Stunde zu Stunde stellten sich neue, schier unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Als der verkleinerte Ausschuß der Mehrheitsparteien um 2 Uhr nachmittags getagt hatte, traten die Mehrheitsparteien selbst zu getrennten Sitzungen zusammen und befaßten sich mit den Vorschlägen des Ausschusses.

Endlich gelangte man zu einer Einigung. Man ließ also das geplante Ministerium für Verwaltungsreform kurzerhand fallen und stellte folgende Ministerliste zusammen:

Braun, Präsidium und Landwirtschaft.
Severing, Inneres.
Lüdemann, Finanzen.
Fischbeck, Handel.
Am Zehnhoff, Justiz.
Haenisch, Kultus.
Oeser, Verkehr.
Stegerwald, Volkswohlfahrt.

Durch diese Ministerliste wäre die Parität, die vor dem Ausscheiden des Kriegsministers Reinhardt im preußischen Kabinett bestanden hatte, wieder hergestellt.

*

Die nächste Sitzung der preußischen Landesversammlung findet Dienstag, den 30. März, vormittags 11 Uhr statt.

Der Reichskommissar für Gotha

(Eigener Drahtbericht.)

Der Mehrheitssozialist Küppler, Mitglied der Nationalversammlung, ist zum Reichskommissar für den Freistaat Gotha mit weitgehenden Vollmachten ernannt. Das Militär greift energisch durch.

Das Programm der neuen Regierung

Nationalversammlung

Reichskanzler Müller in der Nationalversammlung.

Berlin, 29. März.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Bänke der Regierung und sämtliche Tribünen.

Präsident **Fehrenbach** entrichtet in Erinnerung an die Stuttgarter Tagung Württemberg herzlichste Grüße.

Reichskanzler Müller:

Die neue Regierung ist getragen von den gleichen Parteien wie die alte, von dem einzigen tragfähigen Boden, der in Deutschland möglich ist. (Beifall.) Dem früheren Reichskanzler und seiner Regierung gebührt der herzlichste Dank. (Bravo!) Wer mit Kapp gemeinschaftliche Sache gemacht hat, muß verschwinden. Mit eisernen Besen muß ausgekehrt werden. (Aber schnell!) Wir werden rücksichtslos und entschlossen vorgehen. Eine demokratische Regierung ohne Demokraten ist eine inner- und außenpolitische Gefahr. Wir haben Demokraten, sie müssen nur an die richtige Stelle gesetzt werden. Der Reichswirtschaftsrat wird schnellstens geschaffen werden, ebenso werden die anderen in Angriff genommenen Gesetze schnellstens fertiggestellt werden. Wirtschaftliche Zweige, die dazu reif sind, sind in öffentliche Bewirtschaftung oder Kontrolle zu übernehmen. Elektrizität, Kohle und Kali sind die ersten hierunter fallenden Gegenstände. Für die Landwirtschaft muß künstlicher Dünger geschaffen werden. Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten, die

Demokratisierung der Verwaltung

unter voller Wahrung der Rechte der verfassungstreuen Beamten, die Auflösung ungetreuer Heeresformationen und an deren Stelle Schaffung neuer Verbände, die als wehrhaft keinen Stand ausschließende Volkswehr bezeichnet werden kann.

Alles dies muß unsere große, bald zu lösende Aufgabe sein. Wir werden sie rücksichtslos und entschlossen durchführen. Der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend geboten. (Sehr wahr! bei den Mehrheiten.) Ein Schlichtungsgesetz ist in Vorbereitung, großzügige Durchführung der Fürsorge für die Kriegsopfer ist unsere heiligste Pflicht. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Das Versorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ist fertiggestellt. Fürsorge für Arbeiter und Angestellte muß geschaffen werden, indem das Arbeiter- und Beamtenrecht schleunigst durchgeführt wird. Dies muß sozial und freiheitlich ausgestaltet werden. Verwaltungsreform und Beamten-Besoldungsreform müssen alsbald ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Die Regierung hofft, daß das wichtige und umfangreiche Arbeitsprogramm, das dasselbe ist wie der alten Regierung, bald erledigt werden kann. Trotzdem wird die Arbeit der Nationalversammlung heute abgebrochen werden müssen, weil das Volk nach dem Staatsstreich mit den Kapp-Anhängern eine baldige Abrechnung durch Wahlen haben will. (Sehr richtig! links.) Loyale Erfüllung des Friedensvertrages, Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinschaft zwischen den Völkern, Heranholung aller Hilfskräfte und endgültiger Bruch mit allen Kriegsanschauungen in der Politik ist unsere Aufgabe. (Beifall.) Unser Kurs bleibt auch in der Außenpolitik der alte, da er der richtige war. Die schleunigste Erdrosselung des Kapp-Prozesses erhöhte das Vertrauen zu uns. Hätte uns die Entente nicht das Atmen schier unmöglich gemacht, so wäre die Zahl der Kappisner geringer gewesen. Gegenüber Millerand bemerke ich: Die deutsche Regierung war bemüht, alles zu erfüllen, was überhaupt in ihrer Macht lag. Ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit Frankreich ist dringend geboten. Ein sich verblutendes Deutschland ist Europas Ruin.

Aus einigen Teilen des

Ruhrgebietes

kommen Deputationen zur Regierung, die die Lage schildern. Wir verhandeln mit der Entente darüber, daß wir im Notfalle für kurze Zeit etwas mehr Truppen in die gefährdeten Gebiete senden dürfen. Frankreich will das nur gestatten, wenn es dagegen Frankfurt, Darmstadt und andere Orte besetzen könnte. Dies weisen wir zurück. Wir wollen doch nur die Ruhe im Ruhrgebiet herstellen, um Frankreich die versprochenen Kohlen liefern zu können. Im Rahmen der deutschen Republik ist kein Platz für eine Diktatur, komme sie, woher sie wolle. Der Putsch vom 13. März hat das deutsche Volk um die Freude über die Abstimmung in Schleswig gebracht. Wir sehen den anderen Abstimmungen mit Zuversicht entgegen. Ein Verbrechen an Reich und Volk ohnegleichen haben wir erlebt. Dummheit und Brutalität hatten sich vereinigt. Die Hochverräter werden bestraft werden ohne Rücksicht auf das Zureden von den Seiten, die allein die Verantwortung tragen. Die Machthaber des alten Regimes, die Parteien der Kriegshetzer wollen der Regierung die Schuld zuschieben. Der Weg Kapps war auch der Weg der Rechten. Das beweist die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen (Lärm rechts) unmittelbar nach dem Auftreten Kapps, die keinen Tadel für diesen enthielt. Das war Heuchelei. Das Volk wird richten zwischen ihnen und uns. Der Generalstreik war ein Vorspiel der kommenden Wahlen. Es war das Volk des Kapp-Regiments. Die Mitschuld der Deutschnationalen zeigt sich in den Aeußerungen des Grafen Westarp. (Lärm rechts.) Kapp, Jagow, Schiele waren ihre Mitglieder. (Rufe rechts: waren! Rufe links: Ruhe!) Zum preußischen Landwirtschaftsminister wurde Freiherr von Wangenheim-Kleinspiegel ernannt. Nachher zog sich die Rechte vom Hochverrat auf die Verfassung zurück. Gewiß haben sich führende Männer beider Rechtsparteien mit Entrüstung von dem Hochverrat abgewendet. (Zuruf rechts: Winnig! Lärm und Glocke des Präsidenten.) Aber zahlreiche ihrer Provinzorganisationen haben sich Kapp mit Begeisterung angeschlossen. Sie können den Putsch nicht von sich abschütteln. (Zurufe rechts: Jawohl! Lachen links.) Der Demagog Traub und die Demagogen der nationalistischen Hetze sind schuld. Ich klage sie im Namen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes an, zum zweiten Male den Krieg verloren zu haben. Das Volk war an dem Putsch nicht beteiligt. Nur deutschnationale Hochverräter und verführte Soldaten. (Rufe rechts: Sklarz! Rufe links: Brebereck!) Noch lange wird Deutschland unter dem Wahnsinn dieser vier Tage zu leiden haben. Im Ruhrgebiet ist die Diktatur von rechts in die von links umgeschlagen. Aber dort wächst die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung. Die Waffen sind dort vielfach in die Hände von Leuten gelangt, für deren Treiben, Mord, Raub und Diebstahl, ich keine Partei verantwortlich mache. Diese Zustände können nicht länger geduldet werden. Hoffentlich kommt die Besinnung in letzter Stunde. Weg mit der Vergangenheit! Wir haben keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen. Alle demokratisch Denkenden müssen zusammenstehen. Das Deutschland Ludendorffs und Lüttwitz hat endgültig abgewirtschaftet. Mit dem Bolschewismus macht man uns nicht bange. Aber die nächste Gefahr kommt von rechts. (Lachen rechts.) Das Volk wird ein gerechtes Urteil fällen. (Lebhafter Beifall; Zischen rechts; wiederholter Beifall.)

Präsident **Fehrenbach** schlägt vor, die Besprechung der Regierungserklärung zu verschieben und zunächst andere Gegenstände zu erledigen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Die Gesetzentwürfe betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts, Notetat, den dritten Nachtragsetat, das Besoldungsgesetz, das Gesetz betreffend die Verreichlichung der Eisenbahnen werden den Ausschüssen überwiesen. Das Gesetz betreffend die Besteuerung der Reichsbank wird in allen drei Lesungen erledigt, ebenso das Gesetz betreffend das Abkommen über den Kehler Hafen. Das Gesetz betreffend Aburteilung des hochverräterischen Unternehmens vom März 1920 und dasjenige betreffend Enteignungsrecht von Gemeinden werden an Ausschüsse überwiesen.

Hierauf wird die Sitzung bis 1 Uhr unterbrochen.
Schluß nach 11¼ Uhr.

Nachmittagssitzung.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Min.

Abg. **Bolz** (Ztr.): Unser Ziel kann nur sein die Erhaltung des Reiches und allmähliche Gesundung der Wirtschaft. Zu solcher Arbeit haben sich die Mehrheitsparteien zusammengefunden. Die Koalition hat gehalten. Ohne sie gibt es keine Rettung. Freilich zwingt sie alle Teilnehmer zu Verzichten. Verbrecher von rechts und links suchten uns ins Verderben zu ziehen. Es war eine deutschnationale Bewegung, aber sie war weder deutsch noch national. Die Rechte muß die Verantwortung für diese Dinge und für ihre Presse tragen, so lange sie politische Narren und Verbrecher in ihren Reihen duldet. Der Wahltermin war eine Zweckmäßigkeitsfrage. Aber Verfassungsbruch, Meineid und Hochverrat, unterstützt von Maschinengewehren, war das Arsenal Kapps. Das Narrenspiel von rechts hatte das Verbrechen von links zur Folge. Das Ultimatum der Regierung an die roten Truppen findet unsere volle Billigung. Noch einmal büßen wir hoffen, der Gefahren Herr zu werden. Aber wir bitten den Reichskanzler, die Gefahr des Bolschewismus nicht zu unterschätzen. Alle verdächtigen Elemente müssen aus der Reichswehr. Offiziere und Mannschaften müssen mehr als bisher aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen entnommen werden. Eine bloße Bewaffnung der Arbeiter kann man uns nicht zumuten. Das politische Gesindel aus dem Osten mit seiner Verhetzung muß aus dem Reiche entfernt werden. Hoffentlich haben die letzten 14 Tage auch den Zweiflern und Mißvergnügten unserer Partei die Augen geöffnet. Unsere Partei wird ihre Wege weitergehen. Er ist der rechte.

Abg. **Henke** (U. S.): Noske ist gegangen als Mann, der alles verloren hat. Winnig und Noske sind von einer Couleur. Wenn die Haltung der Gewerkschaften, die wir billigen können, nur ein Manöver gewesen sein sollte, so werden wir dafür sorgen, daß der Arbeiterschaft der Star gestochen wird und die Politisierung der Gewerkschaften ihren Fortgang nimmt. Die alte Regierung hat von Stuttgart aus den Verbrechern von rechts scharfe Strafen angedroht. Was ist dagegen geschehen? Unter diesem Eindruck stehen die Arbeiter im Ruhrrevier. Die alten Konservativen hätten zu ihren Taten gestanden. Sie (nach rechts) sind zu feige dazu. (Lärm rechts.) Auch die neue Regierung ist dem Militarismus gegenüber ohnmächtig, so lange sie sich nicht auf das bewaffnete Proletariat stützt. Wenn Herr Bauer als Reichskanzler das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr hat, hat er es denn nun als Schatzminister? Wir haben kein Vertrauen zu der neuen Regierung, vor allem nicht zum Reichswehrminister.

Abg. **Legien** (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion spricht der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Die Gewerkschaften, einschließlich der unabhängigen Vertreter unter ihnen, haben von den neuen Ministern nur die Anerkennung der sogenannten acht Punkte verlangt und waren im übrigen bereit, die neuen Minister zu unterstützen. (Hört, hört!) Wir hoffen, daß die unabhängige Sozialdemokratie überhaupt auch einsieht, wo das wahre Interesse der Arbeiter liegt, und eine ähnliche Haltung einnimmt. Wir verlangen von der Regierung, daß die Hochverräter gefaßt und ihr Vermögen konfisziert wird, um daraus der Lebensmittelnot der Minderbemittelten zu begegnen. Wir sind uns der Verantwortung bei der Aufforderung zum Generalstreik wohl bewußt gewesen, aber es handelte sich um Freiheit und Recht. Keine Regierung kann ohne Zustimmung der Arbeiter regieren. Auch Kapp hat versucht, mit den Arbeitern zu verhandeln und sie durch Versprechungen einzufangen. Die Gewerkschaften ließen sich weder fangen, noch durch Drohungen einschüchtern. Der Generalstreik wurde fortgesetzt, zumal einige Führer der Reichswehr unsicher waren. Die Reichswehr muß umgestaltet werden. Der republikanischen organisierten Arbeiterschaft müssen die Einwohner- und Ortswehren eingeräumt wer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003301-13/fragment/page=0001

152 Strafgefangene entwichen

Massenausbruch aus dem Brandenburger Zuchthaus.

Berlin, 29. März.

In der Strafanstalt zu Brandenburg a. H. meuterten gestern nachmittag fast die gesamten Sträflinge. Sie überwältigten die Aufseher, plünderten die Kleiderkammer und flüchteten in die umliegenden Wälder. Bei den Kämpfen wurden insgesamt drei Zuchthäusler erschossen und eine große Zahl, darunter neun schwer, verletzt. Unter Aufwendung von Militär und Einwohnerwehr konnten die Verbrecher bis auf 44 wieder ergriffen werden.

*

Das Kürassier-Regiment in Brandenburg, das die Meuterei schließlich niederschlug, gab folgende Darstellung des Vorfalles: Die gestrige Meuterei im Zuchthause zu Brandenburg stellt sich als Revolte in großem Umfange heraus. Insgesamt brachen 152 Sträflinge aus. 70 von ihnen konnten bis zum Abend wieder eingebracht werden, weitere wurden in der Nacht und heute vormittag eingeliefert. Bis jetzt fehlen noch 44 Ausbrecher. Die Meuterei konnte deshalb so großen Umfang annehmen, weil die Polizei, die die Revolte allein niederschlagen wollte, zu spät eingriff. Erst beim zweiten dringenden Anruf der Zuchthausverwaltung bei dem Kürassier-Regiment erteilte die Polizei die Erlaubnis, der Strafanstalt zu Hilfe zu eilen. Das Regiment entsandte nun einen Stoßtrupp unter Führung eines Offiziers. Das Zuchthaus wurde besetzt und die Revolte niedergeschlagen. Hierbei wurden zwei Zuchthäusler getötet, neun trugen schwere Schußverletzungen davon. Die Leichtverletzten sind noch nicht gezählt. Das Militär mußte mit der Schußwaffe eingreifen, da die Meuterer sich mit den Karabinern der Aufseher bewaffnet hatten und das Militär angriffen. Bei der sofort aufgenommenen Verfolgung wurde dann noch in dem bei Brandenburg belegenen Dorfe Genthin ein Zuchthäusler erschossen. Da sich ein Teil der geflüchteten Verbrecher in den Wäldern der Umgegend versteckt halten soll, wurde Militär zur Aufspürung ausgesandt.

An die Nationen der Welt

Ein Friedensangebot der Sowjets.

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

Washington, 29. März.

„New York American" erfährt aus einem Friedensangebot von Sowjet-Rußland an die Nationen der Welt. Es umfaßt u. a. folgende Punkte:

Anerkennung der Sowjetrepublik Rußland.

Bereiterklärung Sowjetrußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

Verpflichtung, daß andere Länder sich ebenfalls der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands enthalten.

Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen.

Auflösung der Roten Armee, sobald der Friede genehmigt wird.

Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jedes Landes zu achten. Sowjetrußland beanspruht jedoch für sich dasselbe Recht. Die Sowjetregierung erklärt: „Wir machen keine Allianz mit irgend einer Nation. Wir wünschen Handelsbeziehungen mit allen Nationen der Welt, und wir lehnen es feierlich ab, über irgendwelche Aktionen, die sich gegen die Alliierten richten, mit Deutschland zu verhandeln. Wir bieten Polen einen loyalen Frieden an, können jedoch nicht zulassen, daß es unter dem Vorwand, seine Bewohner gegen den Bolschewismus verteidigen zu wollen, große russische Grenzgebiete einheimst."

Halle und Umgebung

Halle, 30. März.

Stadtverordnetensitzung

Stadtverordneter Keil eröffnet in Anwesenheit des Stadtverordnetenvorstehers Hennig die Sitzung und gibt bekannt, daß Stadtv. Sorger (Dem.) sein Mandat zur Verfügung gestellt hat. Des weiteren teilt er mit, daß in der letzten Sitzung anläßlich der Abstimmung über die von den Mehrheitsparteien eingebrachte Erklärung, in der gegen die Berliner Vorgänge vom 18. März Protest erhoben wurde, neben den Angehörigen der Deutschnationalen Fraktion auch die Stadtverordneten Finger (Deutsche Volkspartei), Heine (bei keiner Fraktion) und Sorger (Dem.) den Saal verlassen haben.

Es wird alsdann in die Tagesordnung eingetreten. Zum stellvertretenden Mitglied der Gebäudesteuer-Veranlagungskommission wird Architekt Walter Heine gewählt. Die Mitglieder der Kriegshilfskassendeputation werden wiedergewählt. In den Vorstand der Kaiser Wilhelm- und Kaiserin Augusta-Viktoria-Stiftung werden die Stadtvv. Weschke und Günther gewählt.

Lohnregelung für städtische Arbeitnehmer.

Die städtischen Arbeitnehmer, welche unter den am 3. Juni bzw. 11. Juli 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag fallen, haben von dem Rechte, den Lohntarif zum 1. März und den Manteltarif zum 1. April 1920 zu kündigen, Gebrauch gemacht. Wegen Abschlusses eines neuen Tarifvertrages sind Verhandlungen mit dem Gesamtarbeiterausschuß geführt worden mit dem Ergebnis, daß der Magistrat folgenden Beschluß gefaßt hat.

1. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeitnehmer werden durch einen allgemeinen, grundsätzlich für alle städtischen Betriebe geltenden Tarifvertrag geregelt.

2. Die Löhne der städtischen Arbeitnehmer werden mit rückwirkender Kraft vom 1. März auf 7 200 826 Mark festgesetzt.

3. Der Magistrat erklärt sich bereit, die Löhne vom 1. April ab auf die Höhe von 8 171 166 Mark zu steigern, wenn durch eine eingehende Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Betriebe in der Gesamtwirtschaftslage der Stadt seitens des Magistrats und der Einzelbetriebsräte sowie des Gesamtbetriebsrates festgestellt wird, daß die Steigerung der Löhne bis zu dieser Höhe im Rahmen einer geordneten Wirtschaft der Stadt und ihrer Betriebe durchführbar ist. — Die durch die neuen Tariflöhne erforderlichen Mittel sollen aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden.

Stadtv. Finger (D. V.) begründet die Vorlage des näheren und empfiehlt ihre Annahme.

Stadtv. Schrader (Deutschnat.) stellt folgenden Antrag:

Die Vorlage zu Nr. 4 der Tagesordnung wird dem Magistrat mit dem Ersuchen zurückgegeben, sie hinsichtlich der Aufbringung der Mittel zur Deckung der Lohnerhöhungen zu vervollständigen. Insbesondere ist genau anzugeben, wie diese Mittel auf

a) die Ueberschüsse der Betriebe, und zwar der einzelnen Betriebe,

b) die Umlagen, und zwar auf die einzelnen Zweige der Umlagen

verteilt werden sollen. Auch ist festzustellen, wie die einzelnen Betriebe die erforderlichen Ueberschüsse hervorbringen sollen.

Ferner wird erwartet, daß bei Erörterung und Festsetzung der Lohnerhöhung nach Tabelle III die Stadtverordnetenversammlung zugezogen wird.

Stadtv. Manschewski (Dem.) beantragt, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, aus der die Deckung der geforderten Summe ersichtlich ist. — Stadtv. Albrecht (U. S. P.) tritt für sofortige Annahme der Vorlage ein. Die Deckungsfrage müsse auf irgend eine Weise gelöst werden. — In ähnlichem Sinne äußern sich Stadtv. Kürbs. — Bürgermeister Seydel hält eine Stellungnahme zu dem Antrag Schrader nach Aufstellung des neuen Etats für möglich. — Stadtv. Steckner (Dem.) empfiehlt Zurückweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß. — Im Schlußwort tritt Stadtv. Finger nochmals für Annahme der Vorlage ein. — In diesem Sinne beschließt auch die Versammlung.

Erhöhung der Theaterpreise.

Die Einführung des Lohntarifes für die städtischen Arbeiter sowie die Aufbesserung aller Gruppen der Theaterangestellten erfordern für das Rechnungsjahr 1920, den guten Besuch der Vorstellungen wie bisher vorausgesetzt, einen jährlichen Zuschuß von über 700 000 Mark ausschließlich der Verzinsung und Tilgung der Theaterbaukosten, also weit über 500 000 Mark mehr als im Vorjahre. Dazu tritt die nach der neuen Lustbarkeitssteuerordnung zu erhebende Kartensteuer. Um diese Mehrausgaben decken zu können, macht sich eine Erhöhung der Eintrittspreise notwendig, und zwar um durchschnittlich 80 Prozent. Durch die Erhöhung der Eintrittspreise wird mit einer Mehreinnahme von 475 000 Mark gerechnet, so daß nur noch 25 000 Mark zu decken sind. Da indessen in nächster Zeit mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne zu rechnen ist, so wird sich eine nochmalige Erhöhung der Eintrittspreise nicht vermeiden lassen.

Die Versammlung stimmt der Magistratsvorlage zu. Die Erhöhung tritt mit dem 1. April in Kraft.

Des weiteren wird beschlossen, den städtischen Beamten, Lehrern und Lehrerinnen — ausschließlich derjenigen an Volksschulen — und den auf Privatdienstvertrag Angestellten den Gehaltszuschuß und die 150 Prozent Erhöhung zu der laufenden Teuerungszulage über den 1. April 1920 hinaus bis zu der im Laufe des Rechnungsjahres 1920 erfolgenden Gehaltsreform weiter zu zahlen, und zwar unter Anrechnung auf die nach den neuen Gehaltsstufen zustehenden Bezügen, sowie die erhöhte Teuerungszulage auch den im Ruhestand lebenden Personen und Hinterbliebenen nach den bisherigen Grundsätzen zuzuwenden.

Ein Antrag des Magistrats, der dahin geht, daß die Stadt Halle dem Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden- und Kommunalverbände als Mitglied beitritt, wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Das Angebot des Imkervereins von Halle und Umgebung, im Zoologischen Garten einen Bienenstand zu errichten, wird angenommen. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 4500 Mark werden aus Kapitel XXIV, 14 des Haupteiats bewilligt, desgleichen für die Neupflasterung in der Freiimfelder Straße 28 000 Mark, die vorschußweise zu Lasten der neuaufzunehmenden Anleihe gedeckt werden sollen.

Verpachtung der städtischen Ziegeleigrundstücke in Planena.

Der Magistrat beantragt, der Verpachtung der der Stadt gehörigen Ziegeleigrundstücke in Planena auf die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. September 1928 an die bisherige Pächterin, Frau Klara Günther, gegen einen Jahrespachtzins von 4000 Mark zuzustimmen. Die Pächterin ist ausdrücklich zu verpflichten, das früher mit den Baulichkeiten bestandene Gelände der Ziegelei und den Obstgarten in den ersten vier Jahren der Pachtung, soweit als möglich, urbar zu machen. Der Pachtzins muß angesichts der für Urbarmachung aufzuwendenden Mittel als außerordentlich günstig für die Stadt bezeichnet werden. Die bisher gezahlte Pacht von 4500 Mark hat sich als zu hoch erwiesen. Die Eigenbewirtschaftung ist im gegenwärtigen Zeitpunkt bei dem Zustand der Ländereien und vor allem bei der im Verhältnis zum ganzen so unbedeutenden Fläche ertragliefernden Landes nicht zu empfehlen.

Der Berichterstatter, Stadtv. Steinbrück (Deutschnat.), empfiehlt Annahme der Vorlage, während sich die unabhängigen Stadtverordneten Otterburg, Kürbs und Albrecht, denen die Verpachtung auf 8 Jahre zu lange und der Pachtzins zu gering erscheint, dagegen aussprechen. Die Abstimmung ergibt Annahme der Vorlage.

Der Magistrat beantragt, Ostern 1920 eine neue dritte und vierte Klasse des Lyzeums einzurichten und im Nordflügel des Stadtgymnasiums unterzubringen, die sieben Klassen des Lyzeums auf dem Grundstück des Stadtgymnasiums vom Lyzeum abzutrennen und einem besonderen Leiter zu unterstellen und außer diesem Leiter einen neuen Oberlehrer und eine neue Oberlehrerin anzustellen. Es sind hierfür an Kosten etwa 24 000 Mark erforderlich, von denen 13 000 Mark durch Mehreinnahme an Schulgeld in Abzug zu bringen sind.

Stadtv. Wilke (Mehrh.-Soz.) ist gegen die Errichtung eines neuen Lyzeums, in dem er eine Standesschule erblickt, sowie gegen die Anstellung eines besonderen Schulleiters. Er tritt ferner ein für Bildung einer gemeinsamen Schuldeputation. Nach längerer Debatte wird beschlossen, der Errichtung einer dritten und vierten Klasse zuzustimmen, von der Anstellung eines besonderen Schulleiters indessen Abstand zu nehmen.

Die Gastwirtschaft im städtischen Schlacht- und Viehhof wird an den bisherigen Pächter Herrn Aug. Schneider vom 1. April 1920 ab auf weitere zwei Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 5500 Mark verpachtet. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Die Bestattung der Gefallenen.

Die Beisetzung der Reichswehrsoldaten.

Am Montag vormittag um 10 Uhr fand auf dem Gertraudenfriedhofe die Bestattung von 13 Angehörigen der Reichswehrtruppen und Zeitfreiwilligenverbände statt, die im Kampfe für Ruhe und Ordnung den Tod gefunden hatten. Sämtliche in Halle stehenden Truppenteile sowie die städtischen Behörden hatten Abordnungen entsandt. Die Trauerfeier wurde eingeleitet mit dem Choral „Jesus meine Zuversicht", der von der Kapelle des Pionierbataillons 16 zum Vortrag gebracht wurde. Hierauf hielten ein evangelischer und ein katholischer Pfarrer Trauerreden, denen die Bibelworte zugrunde lagen: „Niemand kann mehr Liebe haben als der, welcher sein Leben läßt für seine Freunde" und „Ich bin die Auferstehung und das Leben, wer an mich glaubet, der wird leben, ob er gleich stürbe". Alle diejenigen, die hier bestattet werden, sind in einem viel schwereren Kampfe gefallen als die, welche an der Front ihr Leben lassen mußten, denn sie mußten gegen ihre eigenen Volksgenossen kämpfen. Sind wir aber auch des Opfers wert, das die Toten uns gebracht haben? Wie Christus sein Leben gab für die Menschheit, so sind auch sie gestorben. Und wie Christus wieder auferstand von den Toten, so werden auch diese einst wieder auferstehen und verklärt werden.

Major Ulfert widmete darauf als Garnisonältester den gefallenen Kameraden warme Worte des Dankes für ihre Pflichttreue. Unter den Klängen des alten Soldatenliedes „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die erhebende Feier.

*

Die Beerdigung der Arbeiter.

Nachmittags um 2 Uhr strömten Tausende von Menschen nach dem Gertraudenfriedhof. Die Arbeiterschaft, die bereits mittags um 12 Uhr die Betriebe ruhen ließ, sammelte sich auf dem Roßplatz und unter Vorantritt einer Musikkapelle bewegte sich der Zug, in welchem eine Angahl roter Fahnen und eine unzählige Zahl von Kränzen getragen wurden, nach dem Gertraudenfriedhof. In der offenen Gruft waren 20 Särge aufgestellt, die Hügel waren mit unendlich viel Kränzen geschmückt und ringsherum standen die Angehörigen der in den letzten Kämpfen Gefallenen. An der Feier nahmen ferner teil Bürgermeister Seydel, verschiedene Stadträte und Stadtverordnete, außerdem war eine große Angahl Arbeiter aus dem Saalkreise, den Reparaturwerkstätten Merseburg und dem Mansfelder Kreise erschienen.

Die Musik spielte „Ich hatt' einen Kameraden", worauf Parteisekretär Hildebrandt (U. S. P.) die Gedächtnisrede hielt. Er feierte die gefallenen Opfer als die Vorkämpfer für Freiheit und Recht, dessen Taten unter dem Proletariat nie vergessen würden. Es sprachen nach ihm nur noch Angehörige der U. S. P., ferner zwei Angehörige der Kommunistischen Partei von Berlin und Groß-Lichterfelde. Sie äußerten sich alle in dem Sinne, daß sie getreu ihrem Wahlspruche das Proletariat durch Kampf zum Siege führen werden. Zum Schluß sprach ein Russe zunächst in russischer, dann in deutscher Sprache. Er brachte zum Ausdruck, daß auch die in Deutschland noch weilenden Russen sich eins fühlen mit dem deutschen Proletariat.

Der Streik der Setzer beendet

In einer gestern abend im „Volkspark" abgehaltenen Versammlung der Buchdrucker Halles wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Abstimmung ergab, daß 845 Stimmen für Aufnahme der Arbeit, 108 (!) dagegen (bei einigen Stimmenthaltungen) waren.

Festnahme lästiger Ausländer in Berlin. Auf Anordnung des Oberbefehlshabers hat vorgestern an verschiedenen Stellen eine Festnahme von Ausländern stattgefunden, die sich legitimationslos und unangemeldet in Berlin und dessen Vororten aufhalten. Bei dieser Maßnahme handelt es sich darum, die Reichshauptstadt von Elementen zu befreien, die sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht oder solcher dringend verdächtig sind. Insbesondere kommt es darauf an, solche Ausländer zu erfassen, die auf dem Gebiete des Schieber- und Wucherthums Berlin und dem Reiche den größten Schaden zufügen; auch gegen Ausländer, die an bolschewistischen Umtrieben beteiligt sind, wird hierbei vorgegangen. Es sind bereits eine Angahl von Festnahmen erfolgt, die auf alle Schichten der ausländischen Bevölkerung ohne Unterschied der Religion und des politischen Bekenntnisses erstrecken. Ueber die Zahl der Verhaftungen und die einzelnen Persönlichkeiten können vorläufig noch keine genauen Angaben gemacht werden, doch ist ihre Zahl im Vergleich zu der großen Menge von Ausländern, die sich in Berlin aufhalten, verhältnismäßig gering.

Volkswirtschaft

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Mit Rücksicht auf die Fortdauer der Wirren im Ruhrrevier und auf die bevorstehende fünftägige Feiertagspause hielt sich die Unternehmungslust der Börse in Schranken. Die Umsätze betrafen meist Abwicklungen bestehender Engagements und Spekulationen. Im Zusammenhang damit entwickelte sich die Kursbewegung unregelmäßig. Lebhaftigkeit bei wesentlichen Steigerungen zeigte lediglich der Kolonialaktienmarkt. So gewannen Neuguinea 120, Otavi 35, Schantungbahn 37 und Sloman 200 Prozent. Aber auch hier blieben die höchsten Kurse infolge Gewinnrealisierungen nicht behauptet. Die anderen Valutapapiere waren ungleichmäßig. Kanadas gaben nach. Petroleumwerte lagen recht fest. Montanwerte waren bei so wenig umfangreichem Geschäft vorwiegend gebessert, besonders oberschlesische Papiere. Bismarckhütte gewann 10, Kattowitzer 14 und Laurahütte 20 Prozent. Von weitlichen Hüttenwerten waren Bochumer 20, Höfch 7 Prozent höher, während Mannesmann 20 Prozent verloren. Große Unregelmäßigkeit zeigten Farb- und Elektrizitätsaktien. Ausgesprochen schwache Haltung wies der Schiffahrtsaktienmarkt auf. Am Anlagemarkt zeigten sich die deutschen Werte schwächer. Oesterreichische und ungarische Werte waren nicht verändert.

Produktenbörse. Am Produktenmarkt herrschte wenig Unternehmungslust, wohl mit Rücksicht auf die Unsicherheit der politischen Verhältnisse. Das Geschäft in Haferfabrikaten entwickelte sich sehr schleppend. Der Verkehr in Hülsenfrüchten war ganz leblos. Lupinen neigten bei geringem Geschäft zur Schwäche. Für Serradella bestand wenig Kauflust. Heu und Stroh hatten geringes Geschäft.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Uebersee-El.	1426
4½% Deutsche Schatzschätze VI—IX	76.—	Deutsche Erdöl	776.—
5% Deutsche Reichsanl.	79.75	Deutsche Gasglühl.	—.—
4% „ „	76.30	Deutsche Kali	450.—
3½ „ „	69.50	Deutsche Waff. u. Mun.	450.—
3 „ „	77.—	Donnersmarkhütte	410.—
4 Preuss. Konsols	76.50	Döring u. Lehrmann	171.75
3½ „ „	66.—	Dürkoppwerke	—.—
3 „ „	63.50	Elberfelder Farben	431.—
4 Chart. Stadtanl. 29/99	100.—	Engelhard Brauerei	362.09
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	101.—	Felten u. Guilleaume	521.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—.—	Gasmotoren Deutz	250.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	101.50	Gebhardt u. Co.	575.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	105.50	Gebhardt u. König	200.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Gelsenkirch. Bergb.	330.—
4 „ „	—.—	Glanziger Zuckerfbr.	498.—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	140.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	36.90	Hann. Masch.	430.—
4 Ungar. Gold-Rente	72.25	Harpener Berg	280.—
4 Ungar. Kronen-Rente	41.80	Hasper Eisen	360.—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	360.—
Halberstadt-Blankenb.	110.—	Höchster Farbw.	416.—
Halle-Hettstedter	99.75	Hoesch Eisen u. Stahl	411.—
Schantungbahn	644.—	Hohenlohe-Werke	236.75
Allg. Lokal-Str.	150.—	Humboldt-Masch.	190.—
Gr. Berl. Str.	144.75	Ilse-Bergbau	579.—
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kahla-Porzellan	655.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—.—	Kaliw. Aschersleben	470.—
Orientbahn	326.50	Körbisd. Zucker-Akt.	—.—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	250.75
Hambg. Paketfahrt	161.50	Lahmeyer u. Co.	940.—
Hambg.-Südamerika	265.50	Lauchhammer	240.—
Hansa-Dampfschiff	370.—	Laurahütte	349.—
Nordd. Lloyd	174.75	Lingel. Erfurt	344.50
Banken:		Linke u. Hofmann	550.—
Bank für Thür.	—.—	Ludwig Loewe u. Co.	356.—
Berl. Handelsges.	216.—	Lothringer Hütte	358.—
Comm. u. Diskontobank	117.—	Mannesmannröhren	480.—
Darmstädter Bank	189.50	Maschinenfabr. Buckau	270.—
Dess. Landesbank	—.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	254.75
Deutsche Bank	308.—	do. Caro Reg.	278.—
Diskonto-Comm.	227.—	do. Kokswerke	380.50
Dresdner Bank	198.50	Orenstein u. Koppel	350.—
Credit-Anst. Leipzig	189.—	Phönix-Bergb.	499.50
Mitteld. Kreditbank	146.—	Rhein. Metall-Verz.	330.—
Privat-Bank	—.—	Rhein. Stahlwerken	—.—
Nationalbank	148.—	Riebeck. Montan	355.—
Oesterr. Kredit	128.50	Rombacher Hütten	312.—
Reichsbank	158.—	Rositzer Braunk.	270.—
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	—.—
Schultheiss-Brauerei	200.—	Sangerhäuser Masch.	—.—
Akt. f. Anilin	388.—	Hugo Schneider u. Co	260.—
Allgem. Elektr.-Ges.	420.—	Schuckert u. Co.	1030.50
Ammendorfer Papierf.	—.—	Siemens u. Halske	370.—
Anhalter Kohlenw.	325.—	Stettiner Chamotte	250.—
Annaberger Steingut	245.—	Stettiner Vulkan	296.—
Badische Anilin	562.—	Stolberger Zinkh.	376.75
Bergmann-Elekt.-Akt.	275.—	Strals. Spielkarten	349.50
Berl. Masch.-Bau	380.—	„Terra", Samen-A.-G.	314.—
Bismarckhütte	444.—	Thale-Eisenhütte	560.—
Bochumer Gußstahl	350.—	Tritis-Akt.-Ges.	—.—
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Türkische Tabakregie	—.—
Chem. Griesheim	331.50	Ver. Köln-Rottweiler	—.—
Chem. v. Heyden	—.—	Glanzstoff Elberf.	—.—
Consolidation Schalke	484.—	Wegelin u. Hübner	—.—
Crölwitzer Papierfabr.	285.—	Wersch-Weissenf. Brk.	686.—
Daimler-Motoren	230.—	Westeregeln-Alkali	784.—
Deutsch-Luxemburg	344.25	Wittener Gußstahl	159.50
		Wrede-Mälzerei	493.—
		Zeitzer Masch.	330.—
		Zellstoff Waldhof	1.25
		Otavi-Minen	880.—

Tendenz matt

Verantwortlicher Schriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Wirtschaft und Handel: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: i. V. Erich Gellstein.
Anzeigenleiter: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Hinrichs, Druck und Verlagsanstalt, Halle, Leipziger Straße 61.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003301-13/fragment/page=0002